



Liebe FreundInnen!

Weil es so wichtig ist, zuerst ein paar Worte zur zukunftsentscheidenden Wahl in Kärnten. Noch haben wir einige Tage Zeit, den Menschen klar zu machen, dass Kärnten an einem wichtigen Wendepunkt steht und dass es hoch an der Zeit ist für ein Ende der negativen Schlagzeilen, der schlechten Wirtschaftsdaten, der verschwenderischen Eventpolitik.

- Was Kärnten braucht, ist ein Abstreifen des schlechten Rufes, der unser Land, unsere Wirtschaft, unsere Bevölkerung beschädigt.
- Was Kärnten braucht, ist ein Landeshauptmann, der kompetent und glaubwürdig ist; der mit seinem Team für Gerechtigkeit und Chancengleichheit sorgt und für eine Weiterentwicklung des Landes aus dem unerträglichen Stillstand.
- Ich weiß, ich erzähle euch nichts Neues: **Kärnten braucht Peter Kaiser!**
- **Peter Kaiser hat fünf Pläne für unser Land: Fünf Pläne für eine starke Zukunft.**

Denn: **Kärnten kann mehr.**

In diesem Sinne wünsche ich uns einen erfolgreichen Wahlsonntag!

Natürlich schicke ich Euch auch in diesem Infoletter wieder die neuesten Informationen aus dem Nationalrat. Wichtige Themen der Plenarsitzung vom Mittwoch waren u.a. die Ausweitung der Pendlerpauschale und der Jahreswachstumsbericht 2013 der EU.

Auch dieses Mal gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

## FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Mittwoch, 27. Februar 2013, trat der Nationalrat zu einer Plenarsitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Beschlussfassung der Ausweitung der Pendlerpauschale, die Verbesserung bei der steuerlichen Wirkung des Pensionistenabsetzbetrages, die Weichenstellung in Richtung einer kapazitätsorientierten, studierendenbezogenen Universitätsfinanzierung und ein Qualitätsverbesserungspaket für besonders stark nachgefragte Studienfelder. Erstmals wurde auch der Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission im Plenum diskutiert. Darüber hinaus standen Materien aus dem Außenpolitischen Ausschuss, Ausschuss für Menschenrechte und Umweltausschuss auf der Tagesordnung.

Der Plenartag startete mit einer **Aktuellen Stunde** zum **Fleischskandal**. Hierbei forderte **Gesundheitsminister Alois Stöger** höhere **Strafen für falsche Lebensmittelkennzeichnung**. Er schlug die **Anhebung der Höchststrafen** auf Etikettenschwindel von 20.000 auf 50.000 und die **Einführung von Mindeststrafen** bei Wiederholungstätern vor. Kennzeichnungen zu fälschen darf sich nicht auszahlen. Daher setzt sich die SPÖ auch für **Abschöpfung unredlich erworbener Gewinne** ein. Ebenfalls Handlungsbedarf ortete Stöger auf europäischer Ebene und forderte eine EU-weite **Datenbank zur digitalen Erfassung aller Transportrouten** von Fleischprodukten, da globale Warenströme nicht durch regionale Kontrolle überwacht werden können. Darüber hinaus regte der Gesundheitsminister eine **Ausweitung der Herkunftskennzeichnung** an. So würde ein **staatliches Gütesiegel** für gentechnikfreie, tierschutzgeprüfte und gesunde Lebensmittel heimische **Lebensmittelproduzenten im Qualitätswettbewerb unterstützen**.

Im Rahmen einer **Einwendungsdebatte** gegen die Tagesordnung wurde über das **Spekulationsverbot** diskutiert. Aufgrund **mangelnder Verfassungsmehrheit** musste der Beschluss – auch wegen der ÖVP - verschoben werden. Das **Spekulationsverbot** in der **Finanzverfassung** steht dabei weitgehend **außer Streit**, zum einheitlichen Haushaltsrecht der Gebietskörperschaften sowie der Übergangsfristen gibt es jedoch noch Diskussionsbedarf. **SPÖ-Klubobmann Josef Cap** betonte die **Bereitschaft der SPÖ, alle Forderungen des Rechnungshofes mitzutragen**, um möglichst bald ein **umfassendes Spekulationsverbot** umzusetzen. Wir wollen **nicht**, dass mit **Steuergeld spekuliert** wird, und wir werden nicht locker lassen und weiter für strenge Regelungen eintreten, die ein Spekulationsverbot und eine wirkliche Transparenz bei den Länderfinanzen schaffen. Auch die **sozialdemokratischen Bundesländer** bekennen sich zu **strengerer Regelungen** bei den Länderfinanzen, denn **neue Regelungen bei der Veranlagung** und der **Buchführung** sind notwen-

dig, damit sich Vorfälle wie bei der Landes Hypo in Kärnten oder die Spekulationen mit Wohnbaugeldern in Niederösterreich nicht wiederholen. Auch **Finanzstaatssekretär Andreas Schieder bedauerte**, dass das Spekulationsverbot am Mittwoch nicht wie vorgesehen auf der Tagesordnung stand und beschlossen werden konnte.

Bei der Behandlung einer **Dringlichen Anfrage** des Team Stronach und einer **Kurzdebatte** der Grünen verlagerte sich der niederösterreichische Wahlkampf ins Parlament. **Ewald Sacher** betonte, dass von der SPÖ das **hohe Risiko** bei der Veranlagung von Mitteln der Wohnbauförderung vom ersten Tag an aufgezeigt und **heftig kritisiert** wurde. Wohnbaugelder sollen dem Wohnbau zur Verfügung gestellt werden und den Menschen in Niederösterreich dienen, nicht den Spekulanten und der Spekulation, forderte **Johann Hechtl**, der auch kritisierte, dass die **ÖVP** im Landtag mit ihrer absoluten Mehrheit die **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses** verhindert hat. Transparenz und Aufklärung in der Veranlagung der niederösterreichischen Wohnbaudarlehen forderte auch **Ulrike Königsberger-Ludwig**. **Hermann Lipitsch** führte aus, dass man auch in **Kärnten** alles verkauft habe, was es zu verkaufen gab: die Wohnbauförderung, die KELAG-Anteile oder auch die Hypo. Als Ergebnis habe man heute **höhere Schulden als je zuvor** und auch die **Haftungen** seien in **immense Höhen** gestiegen. Auch Geld, um Startwohnungen für junge Menschen zu bauen, stünde nicht zur Verfügung.

### **Die wichtigsten Beschlüsse vom Mittwoch, 27.02.2013**

#### **Ausweitung der PendlerInnenpauschale bedeutet Verbesserungen für Teilzeitbeschäftigte und KleinverdienerInnen ([2177 d.B.](#))**

Mit der **Reform der PendlerInnenpauschale** wird eine **langjährige Forderung der SPÖ** umgesetzt. Die Reform bringt **drei wesentliche Verbesserungen**. Erstmals können auch Teilzeitkräfte die PendlerInnenpauschale in Anspruch nehmen, davon profitieren vor allem Frauen – insgesamt rund 50.000 Teilzeitkräfte. Der **PendlerInnenzuschlag** wurde erhöht, sodass GeringverdienerInnen nun bis zu 400 Euro bekommen, statt wie bisher 251 Euro. Von der Reform der PendlerInnenpauschale profitieren rund eine Million Pendlerinnen und Pendler. Eine weitere wesentliche Verbesserung ist der neu eingeführte Pendlereuro. Weiters bietet das **steuerfreie Job-Ticket** einen Anreiz, auf **öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen**.

#### **PensionistInnen wieder besser gestellt: Netto-Pensionskürzungen werden rückwirkend aufgehoben ([2177 d.B.](#))**

Außerdem wurde im Rahmen der Änderungen eine **Novellierung zum erhöhten PensionistInnenabsetzbetrag** beschlossen. Beim erhöhten PensionistInnenabsetzbetrag kam es in der Vergangenheit oft zu Problemen. Wer zum Beispiel durch eine Pensionsanpassung auch nur einen Euro über die Grenze von 1.750 Monatsbruttopension kam, verlor den erhöhten Absetzbetrag zur Gänze. Rund 40.000 PensionistInnen bekommen in diesem Jahr pro Monat mehr Geld auf ihr Konto. Der erhöhte PensionistInnenabsetzbetrag wird nun bis zu einer Höhe von 2200 Euro brutto pro Monat rückwirkend ab 1. Jänner 2013 eingeschliffen. Ein großer Erfolg von Bun-

deskanzler Werner Faymann, Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Staatssekretär Andreas Schieder.

### **Neues Modell der fairen und transparenten Universitätsfinanzierung – Novelle Universitätsgesetz 2002 ([2180 d.B.](#))**

Die Novelle zum Universitätsgesetz schafft die rechtliche Basis für ein **neues Modell der kapazitätsorientierten, studierendenbezogenen Universitätsfinanzierung**. Das Modell beruht im Wesentlichen darauf, dass die steigenden Budgetmittel für Universitäten auf die entsprechenden Studien **orientiert nach Anzahl der Studierenden** verteilt werden. Im Endausbau wird das dazu führen, dass eine Universität einen bestimmten Geldbetrag pro StudentIn erhält. Auf Forderung der SPÖ wird die **Gesamtanzahl von Studierenden pro Studienfeld im Hauptausschuss** des Nationalrates **festgelegt**. Damit ist ein **Alleingang des Wissenschaftsministers nicht möglich**. Die **SPÖ** hat alle **Vorschläge der Reduktion von Studienplätzen abgelehnt**, das neue Gesetz sieht sogar einen geringfügigen **Ausbau der Studienplätze** vor.

Die Novelle enthält auch ein **Qualitätsverbesserungspaket** für die fünf besonders nachgefragten Studienfelder Architektur, Biologie, Informatik, Wirtschaftswissenschaften und Pharmazie. Zur **Verbesserung der Betreuungsverhältnisse** werden **95 zusätzliche ProfessorInnenstellen** geschaffen. Gleichzeitig wird die **Zahl der StudienanfängerInnen** auf dem Niveau des Studienjahres 2011/2012 **stabilisiert**. Bei einzelnen Studienrichtungen an einzelnen Standorten kann es, wenn es an einer Universität mehr InteressentInnen als Studienplätze gibt, zu **Aufnahmeverfahren** kommen. Allerdings darf es **keine schicksalhaften einzelnen Knock-out-Prüfungen** geben. Durch diese Maßnahmen werden die **Betreuungsverhältnisse an internationale Standards herangeführt**.

Für die SPÖ ist eine **Studienplatzfinanzierung** ein Instrument zu einer **faireren, transparenten Finanzierung** der Universitäten, jedoch kein Instrument zur Reduktion von Studienplätzen. Grundsatz der SPÖ ist weiterhin, dass jeder und jede in Österreich sein oder ihr Wunschstudium beginnen kann. Ebenfalls auf Wunsch der SPÖ ist der **Pilotversuch mit 2015 zeitlich befristet** und sieht auch eine **Evaluierung** vor.

### **Weitere Beschlüsse**

#### **Zahlungsverzugsgesetz – KonsumentInnen von Verschärfungen nicht betroffen ([2178 d.B.](#))**

Mit dem Beschluss zum Zahlungsverzugsgesetz wird geregelt, dass eine Zahlung grundsätzlich bereits am Fälligkeitstag auf dem Gläubigerkonto eingelangt sein muss. Es soll ein durchgreifender Wandel hin zu einer Kultur der unverzüglichen Zahlung erreicht werden. Das Gesetz bringt allerdings eine Ausnahmeregelung für VerbraucherInnen, die es ermöglicht, wie bisher Zahlungen am Fälligkeitstag termin-

gerecht zu überweisen. Auch für Mieten gibt es eine Sonderregelung: Eine Neuregelung im Mietrechtsgesetz sieht vor, dass künftig nicht mehr der erste, sondern der fünfte Tag des Monats Zahlungstag für die Miete ist. Bei Versicherungsprämien wurde im Versicherungsvertragsgesetz schon festgelegt, dass KonsumentInnen diese erst am Fälligkeitstag überweisen müssen. Gegen grob nachteilige Vertragsbestimmungen und Geschäftspraktiken ist eine Verbandsklage möglich. Außerdem wird damit eine Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr umgesetzt.

### **Regelungen auch für MieterInnen von Genossenschaftswohnungen – Novelle Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz ([2179 d.B.](#))**

Mit dem Antrag aus dem Justizausschuss zum Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz wurde sichergestellt, dass die Regelung des Mietrechtsgesetzes, wonach die Miete erst bis 5. des Monats einlangen muss, auch für Mieter von Genossenschaftswohnungen gilt.

### **EU-Rahmenabkommen mit der Sozialistischen Republik Vietnam ([2174 d.B.](#))**

Die Europäische Union und die sozialistische Republik Vietnam stellen mit diesem Abkommen ihre Zusammenarbeit auf eine neue gesetzliche Grundlage. Das Abkommen ist das dritte (neben Indonesien, Philippinen) dieser Art zwischen der Europäischen Union und einem ASEAN Land. Von Seiten der EU wird das Abkommen als Schritt zu einem stärkeren politischen und wirtschaftlichen Engagement der EU in Südostasien gewertet

### **Unterstützung des Friedensprozesses zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Minderheit ([2175 d.B.](#))**

Mit diesem Antrag wird die österreichische Bundesregierung dazu aufgefordert, die Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konfliktes zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Minderheit zu unterstützen. Ende 2012 hat die Türkei Gespräche mit der Kurdenpartei BDP aufgenommen, in die auch der inhaftierte PKK-Führer Abdullah Öcalan eingebunden ist. Damit die gut laufenden Verhandlungen nicht durch gewalttätige Aktionen von Verhandlungsgegnern gestört werden, soll die österreichische Regierung auf die Konfliktparteien im Sinne einer friedlichen Lösung einwirken, um einen Beitrag zur Stabilisierung der Region und somit auch für die europäische und österreichische Sicherheit zu leisten.

### **Einsatz für Menschenrechte in der Türkei ([2176 d.B.](#))**

In diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für die Menschenrechte in der Türkei einzusetzen. Insbesondere soll Österreich für das Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit und für eine Freilassung der menschenrechtswidrig inhaftierten JournalistInnen eintreten.

### **Universal Periodic Review Prozess der Vereinten Nationen ([2155 d.B.](#))**

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat im Frühjahr 2011 die menschenrechtliche Situation in Österreich im Rahmen der universellen Staatenprüfung (Uni-

versal Periodic Review - UPR) erstmals einer eingehenden Prüfung unterzogen. 2013 soll es dazu einen Zwischenbericht geben und im Jahr 2015 im Rahmen der nächsten UPR soll über die Umsetzung dieser Empfehlung informiert werden. Wesentliche Empfehlungen wurden, insbesondere durch das OPCAT-Durchführungsgesetz, inzwischen bereits umgesetzt.

### **Reform des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte [\(2157 d.B.\)](#)**

In einer gemeinsamen Entschließung von SPÖ und ÖVP wird die Bundesregierung aufgefordert, sich weiterhin am Reformprozess des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu beteiligen. Besonders berücksichtigt werden soll, dass das Individualbeschwerderecht nicht durch neue Zugangsbeschränkungen und neue Zulässigkeitsvoraussetzungen eingeschränkt wird.

### **Erhalt des Klosters Mor Gabriel und Unterstützung der Rechte der christlichen Minderheit in der Türkei [\(2156 d.B.\)](#)**

Ziel ist zum ersten die Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrechte von religiösen Minderheiten in der Türkei und zum zweiten der Erhalt des Klosters Mor Gabriel in der Türkei.

### **„Stoppt Sex-Handel mit Kindern & Jugendlichen“ – BürgerInneninitiative [\(2158 d.B.\)](#)**

Die BürgerInneninitiative sieht dringenden Handlungsbedarf, insbesondere im Hinblick auf spezialisierte und kindergerechte Hilfe und Betreuungsangebote für Opfer von Kinderhandel. Es sollen Expertenteams in den Bundesländern installiert werden, damit mehr Opfer von Kinderhandel identifiziert werden und stärker gegen die Täter ermittelt werden kann. Außerdem soll die österreichische Bevölkerung sensibilisiert und ein Meldesystem beziehungsweise eine Hotline eingerichtet werden. Des Weiteren wurde ein gemeinsamer SPÖ/ÖVP-Entschließungsantrag betreffend Berichte zur Bekämpfung des Menschenhandels und des Kinderhandels beschlossen.

### **Schutz der Arktis als Naturparadies und Lebensraum der Eisbären [\(2171 d.B.\)](#)**

Mit diesem Antrag wird sich Österreich massiv für den Schutz der Arktis als Naturlebensraum und für den besonderen Schutz von Eisbären einsetzen. Ziel ist es, angesichts der zunehmenden Klimaerwärmung die Nordpol-Region zu einem internationalen Schutzgebiet zu erklären. Basierend auf einer SPÖ-Initiative soll nicht zugelassen werden, dass die Verursacher des Klimawandels auch noch zu dessen wirtschaftlichen Nutznießern werden und damit die besorgniserregende Entwicklung weiter beschleunigt wird. Zusätzlich sollen die Eisbären in den sogenannten „Anhang 1“ der besonders stark gefährdeten Tierarten aufgenommen werden.

Darüber hinaus wurde dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft um Zustimmung zur **behördlichen Verfolgung** der Abgeordneten **Gerhard Huber [\(2172 d.B.\)](#)** und **Martin Strutz [\(2173 d.B.\)](#)** stattgegeben.

## Behandelte Berichte

### **Rechnungshofbericht über Einkommen von unselbständig und selbständig Erwerbstätigen und PensionistInnen ([III-371/2153 d.B.](#))**

Insgesamt zählt der Einkommensbericht rund vier Millionen unselbständig Erwerbstätige - also Arbeiter, Angestellte, Beamte und Vertragsbedienstete. Die Kernaussagen des Rechnungshofberichtes sind, dass seit 1998 die Einkommen der Arbeiterinnen und Arbeiter in Österreich teils massiv an Wert verloren haben, auch die Gehälter der Angestellten stagnieren. Quer durch alle Berufsgruppen sanken die Realeinkommen des untersten Viertels der Einkommensbezieher in den vergangenen 14 Jahren um mehr als 15 Prozent. Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen hat sich in den vergangenen 14 Jahren nicht verringert. Das mittlere Einkommen der Frauen lag 1998 wie 2011 nur bei 60 Prozent des mittleren Männereinkommens. Der vorliegende Einkommensbericht bietet zudem eine Neuerung: erstmals wurde ein ergänzender Abschnitt zu „atypisch Beschäftigten“ aufgenommen. Die höchsten Medianeinkommen gibt es bei den Freiberuflern: Fachärzte verdienen zuletzt 113.944 € jährlich, Allgemeinmediziner 82.687 € und Rechtsberater 61.350 €.

### **Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes vom Jahr 2012 ([III-372/2154 d.B.](#))**

Der Bericht bietet eine Nachschau der Leistungen und Prüfungen des Rechnungshofes im Jahr 2012. Dem Nationalrat hat der RH im vergangenen Jahr 12 Berichte mit 57 Beiträgen, den Ländern 54 Berichte mit 100 Beiträgen vorgelegt und 25 Querschnittsprüfungen durchgeführt. Über drei Viertel der Empfehlungen des Rechnungshofes wurden von Bund, Ländern und Gemeinden umgesetzt. Durch das Medientransparenzgesetz und das neue Parteiengesetz sind 2012 zahlreiche neue Aufgaben für den RH hinzugekommen.

### **Jahreswachstumsbericht 2013 der EU-Kommission ([2165 d.B.](#))**

Das Europäische Semester ist ein Verfahren zur Koordinierung der Budgetpolitik der EU-Staaten und von zunehmender Bedeutung für die nationale Budgeterstellung. Daher wurde auf Initiative der SPÖ der EU-Jahreswachstumsbericht, der den ersten Schritt dieses Verfahrens darstellt, ins Plenum gebracht. Angesichts der starken Mitspracherechte des Parlaments in EU-Angelegenheiten ist es wichtig, dass der Nationalrat die einzelnen Stufen des Europäischen Semesters genau verfolgt.

Im heurigen Jahreswachstumsbericht spricht sich die Kommission trotz erster Erfolge der bisherigen EU-Maßnahmen für weitere Reformen aus, da die wirtschaftliche Lage weiterhin fragil ist. Eine Rückkehr zum Wirtschaftswachstum und eine Heranbildung der Basis für eine andere Qualität des Wachstums nach der Krise wurden als Ziele festgeschrieben. Österreich begrüßt im Jahreswachstumsbericht vor allem die Betonung einer wachstumsfreundlichen und sozial gerechten Konsolidierung. Die prominente Rolle, die der Förderung der Beschäftigung – insbesondere der Beschäftigung von Jugendlichen – eingeräumt wird, ist positiv hervorzuheben.

### Rede zum Jahreswachstumsbericht 2013 der EU

**Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):** Frau Präsidentin! Meine Herren Staatssekretäre! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zuerst einmal feststellen, dass ich sehr zufrieden bin, dass wir den Jahreswachstumsbericht 2013 heute hier im Plenum diskutieren. Das ist das erste EU-Vorhaben überhaupt, das vom EU-Unterausschuss ins Plenum gebracht wurde. Und das unterstreicht damit auch die Bedeutung, die dem neuen Verfahren auf europäischer Ebene zur Koordinierung der Budgetpolitik zukommt.

Der Jahreswachstumsbericht ist die erste Phase des sogenannten Europäischen Semesters. Das Europäische Semester haben die EU-Mitgliedsländer 2011 eingeführt, um eine bessere Koordination untereinander zu erreichen und Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen zu können. Damit hat das Europäische Semester mit all seinen Vorschlägen, Analysen und auch Empfehlungen Auswirkungen auch auf unsere eigene Budgetplanung, und es sollte daher selbstverständlich sein, dass wir auch in Zukunft die einzelnen Stufen des Europäischen Semesters genau verfolgen und hier im Plenum debattieren, denn gerade das Budget ist ja eine Angelegenheit, die uns alle betrifft und uns alle angeht. Der Jahreswachstumsbericht 2013 weist einige richtige, wichtige Forderungen und Empfehlungen auf. So ist erkennbar, dass die soziale Dimension der Wirtschafts- und Finanzkrise mittlerweile viel ernster genommen wird. Das zeigt sich schon daran, dass die Kommission bei der Erstellung des Berichts die europäischen Sozialpartner diesmal frühzeitig eingebunden hat, und ich begrüße diese enge Zusammenarbeit sehr und hoffe, dass sie auch beibehalten wird.

Richtig ist auch, dass der Jahreswachstumsbericht fordert, dass die Sparmaßnahmen nicht die Sozialsysteme verschlechtern dürfen und die Bekämpfung der enormen Arbeitslosigkeit auch in diesem Jahreswachstumsbericht zur Priorität erklärt werden muss. Um die vor allen in den Ländern des Südens enorme Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, brauchen wir Maßnahmen. Wir brauchen zum Beispiel die schon so oft genannte europaweite Jugendgarantie. Deren Grundzüge werden morgen im Rat der EU-Sozialminister beschlossen.

Mit dem vom Bundeskanzler erreichten Fonds gegen Jugendarbeitslosigkeit, der mit 6 Milliarden € dotiert ist, steht jetzt endlich auch Geld zur Verfügung, das zur Umsetzung dieser Jugendgarantie notwendig ist. Das mögen zwar Tropfen auf den heißen Stein sein, aber sie sind wichtig. Noch besser wäre es, wenn wir so etwas wie Nägel mit Köpfen machen könnten und würden und eine Obergrenze für Jugendarbeitslosigkeit einführen würden. Warum soll das, was für Schulden funktioniert, nicht auch gegen Arbeitslosigkeit funktionieren? – Vielen Dank. (Beifall bei der SPÖ.)

## Rede zum Antrag betreffend der Gespräche zwischen der türkischen Regierung und dem inhaftierten Führer der PKK, Abdullah Öcalan

**Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):** Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Der gewaltsame Konflikt zwischen der Türkei und der kurdischen PKK hat in den vergangenen knapp 30 Jahren weit über 30 000 Menschen das Leben gekostet und einer ganzen Region eine friedliche Entwicklung verwehrt. Seit Ende 2012 sind nun allem Anschein nach die türkische Regierung und die Kurdenpartei PDP und PKK darum bemüht, die Friedensgespräche wieder aufzunehmen. Das sind – bei aller Vorsicht, die hier geboten ist – hoffnungsvolle Entwicklungen.

Der Prozess steht jedoch noch auf sehr wackligen Füßen. Das hat die Ermordung der drei PKK-Aktivistinnen am 10. Jänner in Paris gezeigt. Der genaue Hintergrund der Tat ist zwar nach wie vor unklar, aber die Reaktionen auf beiden Seiten haben deutlich gemacht, dass es sowohl auf türkischer als auch auf kurdischer Seite Gegner der Friedensinitiative gibt. Dass die Gespräche trotz gegenseitiger Schuldzuweisungen nicht abgebrochen, sondern fortgesetzt wurden, halte ich schon für ein ermutigendes Zeichen.

Eine friedliche Lösung des Konflikts wäre hoffentlich das Ende der fürchterlichen Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen, unter denen besonders die kurdische Bevölkerung zu leiden hat.

Das, sehr geehrte Damen und Herren, wäre ein enorm wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Region. In weiterer Folge hängt auch die Sicherheit Österreichs und der EU davon ab, das heißt, dies hat auch für die Sicherheit Österreichs und der EU eine große Bedeutung.

Der vorliegende Antrag fordert die österreichische Regierung dazu auf, die Friedensverhandlungen aktiv und nachhaltig sowohl bilateral als auch auf EU-Ebene und auf Europaratsebene zu unterstützen. Ich hoffe auf eine breite Zustimmung hier im Plenum. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)*

### **Pressemeldungen und Veranstaltungen:**

[Muttonen : Nationalrat bringt sich aktiv in EU-Budgetkoordinierung ein \(21.02.2013\)](#)

## Besuch der CTBTO in Wien



Am Dienstag, dem 26. Februar war ich mit meinen KollegInnen Renate Csörgits, Christine Lapp und Elmar Mayer zu Besuch bei der in Wien ansässigen Atomteststoppvertragsorganisation (CTBTO). Die Idee zu dem Besuch, war mir bei einem Gespräch mit dem designierten Leiter der CTBTO, Dr. Lassina Zerbo, während der Anti-

Atomwaffen-Konferenz im vergangenen Sommer in Kasachstan gekommen. Dr. Lassina Zerbo zeigte sich bei dem Treffen am Dienstag sehr zufrieden mit der österreichischen Unterstützung seiner Organisation. Wir waren vor allem von der modernen technologischen Ausstattung und der hierdurch möglichen Präzision beeindruckt, mit der die CTBTO arbeiten kann. Aufgabe der 1996 gegründeten Organisation ist es mit Hilfe von weltweit installierten Messstationen die Einhaltung des Atomteststoppvertrags zu überwachen. Indem die Organisation sicherstellt, dass kein durchgeführter Atomtest unentdeckt bleibt, erschwert sie sowohl die Erstentwicklung als auch die Weiterentwicklung von Atomwaffen. Außerdem sorgt die CTBTO dafür, dass alle Vertragsstaaten über einen vergleichbaren Wissensstand verfügen, indem sie ihre Informationen allen zur Verfügung stellt. So war Österreich 2006 bei Nordkoreas erstem Atomtest nicht auf Informationen anderer Länder angewiesen, sondern konnte sich aufgrund der Daten der CTBTO ein eigenes Urteil bilden. Auch für den zivilen Bereich liefert die CTBTO wertvolle Daten. Ihre Messstationen waren 2011 die einzigen, die umfassende Daten darüber liefern konnten, wie sich die Radioaktivität von Fukushima weltweit ausbreitete. Zudem unterstützt die CTBTO Tsunami-Warnsysteme mit wichtigen Informationen. Wer mehr über die CTBTO erfahren möchte, kann [hier](#) nachlesen.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:  
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN  
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien  
[www.christine-muttonen.at](http://www.christine-muttonen.at)